

Gegen den Überwachungsstaat

Mehr als Zwanzigtausend demonstrierten in Berlin

Knapp zwei Wochen vor der Bundestagswahl gingen am 12. September in Berlin nach Veranstalterangaben bis zu 25 000, vor allem junge Menschen, gegen die ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat auf die Straße. Viele machten deutlich, dass sie kein Vertrauen in die herrschende Politik haben. Angeführt wurde der Demonstrantenzug von einer "Datenkrake".

Das Motto der Demonstration "Freiheit statt Angst", die am Potsdamer Platz begann und dort auch ihren Abschluss fand, wurde jedoch unterschiedlich ausgelegt. Kein Wunder, denn an diesem Tag demonstrierten - mitten im Wahlkampf - Mitglieder der neoliberalen FDP, der Bündnisgrünen, die bis 2005 selbst Regierungspartei und damit für die Einschränkung von Grundrechten mitverantwortlich waren, gemeinsam mit Mitgliedern der Jusos, mit Vertretern von Berufsverbänden, mit Gewerkschaftern, Mitgliedern von Menschenrechtsorganisationen, mit "Piraten", der Partei "Die Linke", mit Kommunistinnen und Kommunisten, Mitgliedern antifaschistischer sowie anarchistischer Gruppen. Im ganzen Demonstrationzug sah man auch antikapitalistische und andere Losungen, deren Aussagen radikaler waren als jene der Mehrheit der Redner an diesem Tag. Und es gab die Ansage an die Herrschenden: "Ihr werdet euch noch wünschen, wir wären politikverdrossen!"

Im Aufruf, den 167 Organisationen, Bürgerrechtsvereinigungen, Gewerkschaften, Berufsverbände, Parteien sowie zahlreiche Einzelpersonen unterschrieben hatten, wurde insbesondere auf die zunehmende Überwachung am Arbeitsplatz verwiesen, mit der sich auch der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske auf der Auftaktkundgebung auseinander setzte. Er erinnerte an die Daten- und Überwachungsskandale bei Lidl, Schlecker, der Deutschen Telekom und der Bahn. (*siehe unten: Aus Reden ...*)

Im Aufruf zur Demonstration hieß es: "Beschäftigte werden in ihrem Arbeitsumfeld, teilweise auch in ihrem Privatleben überwacht. Zugleich registrieren, überwachen und kontrollieren uns staatliche Stellen bei immer mehr Gelegenheiten. Egal was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen oder fahren, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir uns engagieren - der ´große Bruder´ Staat und die ´kleinen Brüder und Schwestern´ aus der Wirtschaft wissen es immer genauer.

Der daraus resultierende Mangel an Privatsphäre und Vertraulichkeit gefährdet unsere Gesellschaft. Menschen, die sich ständig beobachtet und überwacht fühlen, können sich nicht unbefangen und mutig für ihre Rechte und eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Eine solche Gesellschaft wollen wir nicht!"

Verlangt wurde zudem ein Abbau der bestehenden Überwachungsmethoden - unter anderem der Online-Durchsuchung, der Vorratsdatenspeicherung, der Videoüberwachung, der Erfassung biometrischer Daten - sowie eine unabhängige Überprüfung aller bestehenden Überwachungsbefugnisse und ein sofortiger Stopp neuer Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Eine weitere Forderung war die Gewährleistung der Meinungsfreiheit und des freien Meinungs- und Informationsaustauschs über das Internet.

Rolf Gössner (Internationale Liga für Menschenrechte) machte auf die Ursachen der Verschärfung der Antiterrorgesetzgebung, der Überwachung und des Ausbaus von Kontroll- und Machtinstrumenten aufmerksam: "Soll der Staat mit diesem Umbau und der Anhäufung von Kontroll-Instrumenten auf Vorrat womöglich nicht nur vor Gewaltkriminalität und Terror geschützt werden? Wappnet er sich in Wirklichkeit - gerade in Zeiten verschärfter ökonomisch-sozialer Krisen - vorsorglich auch gegen mögliche soziale Unruhen und Aufstände?" Ein Schülervertreter aus Berlin wandte sich auf der Abschlusskundgebung gegen Schuldateien als ein weiteres Beispiel für die Datensammelwut.

Die Berliner Demonstrationen, die seit 2007 stattfinden, gelten als die größten Protestaktionen in der Bundesrepublik gegen staatliche Überwachung und Demokratieabbau seit dem Volkszählungsboykott in den 1980er Jahren. Bereits während der Demonstrationen der vergangenen Jahre bzw. danach gab es jedoch immer wieder Übergriffe der Polizei, die sich vor allem gegen junge Antifaschistinnen und Antifaschisten richteten. In diesem Jahr wurde auf der Abschlusskundgebung der Lautsprecherwagen des "antikapitalistischen Blocks" beschlagnahmt.

Später wurde ein Demonstrant - oder gar unbeteiligter Passant -, der die Dienstnummer eines Beamten erfragen wollte, niedergeschlagen. Mindestens ein weiterer Demonstrant wurde verletzt. Dies wurde gefilmt und ins Netz gestellt. Innerhalb weniger Stunden war das Video - nachdem die Internetplattform YouTube den Zugriff eingeschränkt hatte - im Internet weit verbreitet und die Polizeiführung sah sich zunächst gezwungen, ein Strafverfahren wegen "Körperverletzung im Amt" gegen Beamte der 22. Einsatzhundertschaft einzuleiten.

nh

Aus Reden während der Veranstaltung

Frank Bsirske
(*Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di*)

Ich spreche hier im Namen von Millionen von Arbeitnehmern in unterschiedlichsten Berufen. Arbeitnehmern, denen Überwachung kein Fremdwort ist.

Früher sprach man davon, dass uns die neuen Informationstechniken mehr Demokratie bringen würden. Und selbstbestimmteres Arbeiten. Doch heute stehen wir hier, und ringen darum, unsere mühsam erkämpften Grundrechte zu erhalten.

... Arbeitgeber behandeln ihre Mitarbeiter zunehmend wie Leibeigene. Sie nutzen die neuen Technologien, um zu erfahren, wo sich ihre Mitarbeiter aufhalten, mit wem sie reden, mit wem sie telefonieren, mit wem sie eMails austauschen, was sie denken, ob und wie sie sich gewerkschaftlich engagieren. Arbeitgeber speichern Daten über Ursachen von Krankheiten ihrer Mitarbeiter - von denen sie gar nichts wissen dürften. Das ist ein Skandal! Und, kein Einzelfall, ich sage nur: Lidl, Schlecker, Telekom, deutsche Bank und - wir stehen direkt davor - die deutsche Bahn. Wir können es nicht länger zulassen, dass Persönlichkeitsrechte, die Vereinigungs-, die Koalitionsfreiheit mit den Füßen getreten werden! ...

Das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, ist Teil unseres Grundgesetzes, ist Teil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Doch auch ich, als Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, bin Zielscheibe der Überwachung geworden; durch einen Konzern, dessen Mitarbeiter wir gewerkschaftlich vertreten.

Arbeitnehmer, Gewerkschafter, aber auch Journalisten und viele andere Bürgerinnen und Bürger werden zunehmend bespitzelt und überwacht.

Die Bundesagentur für Arbeit ist auf dem Holzweg, wenn sie sich vom digitalisierten Sammeln sensibler Daten erwerbsloser Menschen eine Verbesserung der Vermittlung erhofft. (...) Und nicht nur die Bürger, sondern auch die Mitarbeiter der Bundesanstalt für Arbeit sind betroffen: Mit Software kann ihre Leistung und ihr Verhalten geprüft werden. ...

Die Bespitzelung und allgemeine verdachtslose Überwachung von Arbeitnehmern und Bürgern muss ein Ende haben! In Deutschland, in Europa und der ganzen Welt!

Der Arbeitnehmerdatenschutz, die Koalitionsfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit müssen gestärkt werden! Das bedeutet auch: Wir brauchen ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz! Und: Die Vorratsdatenspeicherung muss abgeschafft werden! (...)

Quelle: wiki.vorratsdatenspeicherung.de



Rolf Gössner
(*Liga für Menschenrechte*)

"Angst ist das Schmieröl der Staatstyrannie" - es ist diese Erkenntnis, die uns antreibt, hier und heute zu demonstrieren: gegen politische Angstmacherei, gegen Überwachungswahn und den Angriff auf die Bürgerrechte.

I. Ein ausufernder Antiterrorkampf bescherte uns eine dramatische Einschränkung der Freiheitsrechte. Eine wahre Flut sogenannter Antiterrorgesetze haben die Kontrolldichte in Staat und Gesellschaft beträchtlich erhöht - angeblich im Namen der Sicherheit, doch mit Sicherheit auf Kosten der Freiheit. (...)

II. Wir erleben auch einen besorgniserregenden Umbau des Staates und eine Entfesselung staatlicher Gewalten. Wir erleben eine

Militarisierung der Inneren Sicherheit, in deren Mittelpunkt der Bundeswehreininsatz im Innern steht. Wir erleben eine zunehmende Vernetzung und Verzahnung von Polizei und Geheimdiensten - zuletzt mit der neuen Abhörzentrale in Köln und mit dem Umbau des Bundeskriminalamtes zu einem zentralen deutschen FBI mit geheimpolizeilichen Befugnissen zur präventiven Vorfeldaufklärung. Das ist ein skandalöser Vorgang: (...) Dies verstößt gegen das Gebot der Trennung von Geheimdiensten und Polizei - einer wichtigen Konsequenz aus den bitteren Erfahrungen mit der Gestapo der Nazizeit. So werden elementare Lehren aus der deutschen Geschichte entsorgt - mit der Folge einer gefährlichen Machtkonzentration der Sicherheitsorgane. So droht der demokratische Rechtsstaat zu einem präventiv-autoritären Sicherheitsstaat zu werden - einem Staat im permanenten Ausnahmezustand, in dem der Mensch zum Sicherheitsrisiko mutiert, in dem Rechtssicherheit und Vertrauen der Bürger verloren gehen, Angst und Entsolidarisierung gedeihen. Und spätestens hier stellt sich die Frage: Soll der Staat mit diesem Umbau und der Anhäufung von Kontroll-Instrumenten auf Vorrat womöglich nicht nur vor Gewaltkriminalität und Terror geschützt werden? Wappnet er sich in Wirklichkeit - gerade in Zeiten verschärfter ökonomisch-sozialer Krisen - vorsorglich auch gegen mögliche soziale Unruhen und Aufstände? Tatsächlich scheint der präventive Sicherheitsstaat in dem Maße aufgerüstet zu werden, in dem der Sozialstaat abgetakelt wird.

III. Diesem Zerstörungsprozess und der zugrundeliegenden Sicherheitsideologie müssen Bürgerrechtsgruppen, Gewerkschaften und politisch-soziale Bewegungen, müssen wir alle energischer entgegentreten. Die heutige Demonstration für "Freiheit statt Angst" hier in Berlin ist ein hoffnungsvolles Signal. Genauso wie die fast 35 000 Verfassungsbeschwerden gegen die Vorratsdatenspeicherung - die größte Massenbeschwerde in der deutschen Rechtsgeschichte. Was ist noch zu tun? Wir müssen dringend das verengte und angstbesetzte Sicherheitsdenken aufbrechen. Wir brauchen einen anderen, einen sozialen, umwelt- und friedenspolitischen Sicherheitsbegriff - einen Begriff von Sicherheit, der auch an Ursachen und Bedingungen von Terror, Gewalt und Kriminalität ansetzt, von denen kaum noch die Rede ist. Denn die Übel dieser Gesellschaft und der Welt lassen sich jedenfalls nicht mit Vorratsdatenspeicherung, Internet-Sperrungen und Antiterrorgesetzen bekämpfen, sondern viel mehr mit sozialer Gerechtigkeit, einer neuen Weltwirtschaftsordnung und einer konsequenten Umwelt-, Klima- und Friedenspolitik. Wir fordern schon heute von der neuen Bundesregierung ein Ende der Politik mit der Angst, wir fordern eine Generalrevision aller "Notstandsgesetze für den Alltag"! Wir fordern auch ein striktes Exportverbot für deutsche Überwachungstechnologien an diktatorische Staaten (wie den Iran)! Und wir wollen einen transparenten demokratischen Staat - und keine gläsernen Bürger unter Generalverdacht! (...)

Quelle: wiki.vorratsdatenspeicherung.de



Monty Cantsin
(*Hedonistische Internationale*)

Wir haben in den letzten Jahren gelernt, dass dieser Staat vor nichts mehr zurückschreckt. Unsere Kommunikation wird über Monate

gespeichert, Zensurinfrastrukturen werden aufgebaut, Abhörzentralen errichtet. Es wird beständig der Einsatz der Bundeswehr im Inneren gefordert. Friedliche Demonstranten werden von der Polizei illegal mit Pfefferspray aus Sitzblockaden herausgegiftet, wir werden vom Staat abgefilmt wie auf dieser Demo, das Versammlungsgesetz wurde eingeschränkt. Wir haben eine Steuernummer bekommen, an der alle anderen Datenbanken aufgehängt werden können. Wir haben biometrische Pässe und werden sogar vom BND überprüft, wenn wir als Journalisten von der Leichtathletik-WM berichten. Wir sollen mit Nacktscannern am Flughafen durchleuchtet werden, wir haben kein Briefgeheimnis für E-Mails. Unsere Patientendaten werden zentral gespeichert und die Musikindustrie darf unsere IPs erfragen, weil wir mal einen Song heruntergeladen haben.

Die Regierungen der letzten Jahre haben keine Chance ausgelassen, das Grundgesetz mit Füßen zu treten, es zu missachten, an ihm vorbei zu regieren, es kaputt zu schlagen. Diese Verfassungsfeindlichkeit aus der Mitte der Politik hat uns in den Überwachungsstaat geführt. Vor ein paar Jahren waren wir auf dem Weg dorthin, jetzt sind wir dort angekommen. Endstation: bitte alle aussteigen!

Und endlich Aufwachen! Lasst uns jetzt die Weichen stellen in die andere Richtung! Lasst uns mehr Freiheit fordern, die Überwachungsgesetze zurücknehmen und zusammen eine freiere, schönere Gesellschaft entwickeln.

Wir haben es in der Hand. Wir sind stärker. Denn unsere Gegner - ob Schäuble, Zypries oder von der Leyen - haben nur ein kaltes, grausames und langweiliges Bild dieser Gesellschaft. In ihrer Welt ist jeder eine Bedrohung für den anderen. In ihrer Welt ist jeder verdächtig. Ihre Welt soll von Kontrolle und Überwachung zusammengehalten werden. In ihrer Welt gibt es Freiheit nur für die Wirtschaft - nicht aber für uns Menschen.

Quelle: wiki.vorratsdatenspeicherung.de



Vito Dabisch (Sprecher LandesschülerInnenausschuss)

An den Berliner Schulen soll ab dem Schuljahr 2010 die sogenannte automatisierte Schülerdatei eingeführt werden. Ein weiteres Beispiel für die Datensammelwut, die immer weiter um sich greift. In dieser Schülerdatei werden Daten der Schülerinnen und Schüler erfasst. Unter anderem Name, Wohnort und Schule. Zwar werden einige der sensiblen Daten nur anonymisiert gespeichert, aber viel zu viele sind noch rückführbar auf die einzelne Person. Die Kontaktdaten der Eltern sind darin gespeichert und sogenannte "Angaben zur Durchsetzung der Schulpflicht". Ich will nicht, dass in der Datei gespeichert wird, ob ich geschwänzt habe! Die Polizei kann "herumlungernde Jugendliche" aufgreifen und nach Hause oder in die Schule bringen - sollten sie Namen und Geburtsdatum aus ihm oder ihr herauskriegen. Das ist kein effizientes Mittel um Schulschwänzen zu bekämpfen! Soll die Polizei etwa bald überwachen, ob ich zur Schule gehe? Ein Polizist oder eine Polizistin steht neben jedem potentiellen Schulschwänzer? Anstatt Millionen für ein "eGovernment Projekt" auszugeben, sollten endlich genug Lehrkräfte eingestellt werden. Nur ein gute Schule kann

Schwänzen verhindern. Nicht eine gute Verwaltung. Ich hoffe, dass sich die Linkspartei, die ja auch hier zahlreich vertreten ist, mal überlegt, was sie denn eigentlich möchte: Datenschutz oder Datensammlung? Im Moment ist die Datei einigermaßen moderat, aber was passiert wenn in Berlin die Konservativen ran kommen? Was kommt dann in diese Datei? Und wer hat dann darauf Zugriff? Darum lasst uns diese Schülerdatei schon jetzt stoppen!

Quelle: wiki.vorratsdatenspeicherung.de

[◀ zurück](#)

[Artikel versenden](#)